



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Massow, W. von: Volkswille und Kriegführung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Volkswille und Kriegsführung

Von W. von Massow



Die Freude über die herrlichen Erfolge der deutschen Waffen soll uns, wie es scheint, nicht ganz ungemischt zuteil werden. Wer unser Volk und die stolze Festigkeit der Unterlagen unserer Siegesgewißheit nicht näher kennt, könnte leicht auf den Gedanken kommen, es sei mit unserer inneren Kraft und Einigkeit nicht mehr so gut bestellt wie früher. Unsere Feinde werden sich wahrscheinlich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, aus dem heftigen Streit, der kürzlich über die Freigebung der Kriegszielbesprechungen und die Stellungnahme des Reichskanzlers zu dieser Frage entbrannt ist, auf ihre Art Nutzen zu ziehen. Das ist bedauerlich, wenn wir auch wissen, daß der Streit, so häßlich und unerquicklich er auch sein mag, nicht die Bedeutung hat, die von schadenfrohen Seelen im Feindeslager erhofft und von ängstlichen Gemütern auf unserer Seite befürchtet wird.

Man könnte sich gegenüber der Tatsache dieses Streites, der glücklicherweise in seinen heftigsten Äußerungen vorläufig verstummt, aber leider keineswegs beigelegt ist, vielleicht besser auf den Standpunkt stellen: Nur nicht weiter davon reden! Ob aber diese beliebte Regel der Alltagsklugheit hier wirklich angebracht ist, erscheint bei näherer Betrachtung sehr fraglich. Es ist besser, erst recht davon zu reden, nur anders als bisher. Wer freilich glaubt, entgegengesetzte Meinungen durch gutes Zureden einander näher zu führen, tut besser, zu schweigen. Es kann nicht davon die Rede sein, Streitende in so ernsten Fragen eines Besseren zu belehren. Aber es gibt noch unzählige gebildete, gute Patrioten, die bei diesem heftigen Streit nicht so recht wußten, wie ihnen geschah, denen der Kernpunkt der Sache noch heute nicht recht deutlich ist und die ihn aus dem irreführenden Wortstreit und seinen dialektischen Kunstgriffen auch nicht zu entnehmen vermögen. Die Sache ist jedoch zu wichtig, als daß solche Unverständlichkeiten bestehen bleiben könnten.

Dann aber noch ein weiterer Grund, der zum reden zwingt. Wenn eine Wortfehde einen gewissen Grad von Heftigkeit erreicht hat, entsteht leicht der Eindruck, daß es außer den beiden streitenden Meinungen nichts gibt. Das ist aber nicht immer zum Vorteil der Sache und erschwert manchem Nichtbeteiligten das Verständnis. Ursprünglich sind die Gegner zwei verschiedene Richtungen, die sich bei der Erörterung möglicher Kriegsergebnisse in den bescheidenen Grenzen, die von der Zensur gestattet sind, scharf gegenübertraten. Sie bewegten sich in ziemlich verschiedenen Vorstellungskreisen. Um wirkliche, klare Programme handelte es sich dabei noch gar nicht, konnte es sich noch gar nicht handeln. Darum wurde auch das Für und Wider nicht ernsthaft erörtert. Was da geäußert, befürwortet und belämpft wurde, waren Umrisse von Folgerungen, die einzelne Preßorgane und oft gehörte Wortführer bestimmter Richtungen aus der Summe ihrer persönlichen Erfahrungen und Anschauungen zogen und dabei in der öffentlichen Meinung einen mehr oder weniger breiten Boden fanden. Gewiß hat die allgemeine Stimmung des Weltkrieges manchen inneren Gegensatz zum Schweigen gebracht, manchen einzelnen Volksgenossen so aufgerüttelt und ihm Gesichte offenbart, daß er ein politisches Damaskus erleben mußte. Konnte man aber erwarten, daß nun alle Leute, die sich in pazifistischen Träumen gewiegt hatten, plötzlich die Hoffnung aufgeben sollten, dieser furchtbare Krieg könnte vielleicht eine letzte Lehre und ein letztes abschreckendes Beispiel werden? Sollten auf der anderen Seite alle diejenigen, die immer schon eifrig die Machtidee im Wirken des Staates verfochten hatten und denen nun der Krieg mit seinen glänzenden Erfolgen die Verwirklichung ihrer Wünsche nahe zu bringen schien, sich unter solchen Umständen scheu und schamhaft zurückhalten, statt jubelnd hinauszuschmettern, daß die Zeit herannah, wo dem deutschen Vaterlande Macht über seine mißgünstigen und haßerfüllten Feinde gegeben ist? Dazwischen gibt es unzählige Schattierungen der Ansichten, und jeder hat das Bedürfnis, sich sein Bild von den Wirkungen des Krieges im Rahmen seiner persönlichen Lieblingsideen zu machen. Wir bedauern es zwar sehr, daß die von Begeisterung hoch emporgetragene und doch durch die Größe der Aufgabe gehaltene und beherrschte Stimmung der ersten Kriegsmonate diesen freier schaltenden und nicht immer angenehm wirkenden Neigungen Platz gemacht hat. Aber denken wir bei solchen Menschlichkeiten auch wohl daran, daß dieses Sichfreierfühlen und Sichgehenlassen gegenüber den Rücksichten, die uns die Kriegszeit auferlegt, die natürliche Folge der bereits beginnenden Siegesstimmung ist? Wir fangen an, uns zu zanken, weil wir wissen, daß wir nicht unterliegen werden. Denn leider geschieht der Meinungs- austausch, soweit es Zensur und Burgfrieden möglich machen, schon wieder in den durch Friedensgewohnheiten unausrottbaren Formen des Parteikampfes. Das entspricht so sehr der menschlichen Natur, daß es falsch wäre, sich mehr deswegen zu sorgen, als die Sache wert ist. Die Voraussetzung ist dabei nur, daß, solange der Krieg dauert, bei den Reibungen, die durch die öffentliche

Aussprache der verschiedenen Richtungen verursacht werden, der die Kriegsführung selbst bestimmende Wille unberührt bleibt. Sehen wir zu, ob diese Grenze überall gewahrt wird.

Aus den mancherlei Anschauungen, die über den Krieg und seinen Ausgang innerhalb der engezeichneten Grenzen laut werden, heben sich besonders die beiden Extreme heraus. Die einen wollen eine kraftvolle und entschiedene Ausnutzung der Vorteile, die der bereinstige Sieg in die Hand Deutschlands legen würde, und manche stürmen dabei sehr temperamentvoll über alle Hindernisse und Bedenken hinweg. Die andern sehen nur diese Hindernisse und die Reime neuer, künftiger Verwicklungen; sie fürchten die Nachwirkungen des gewaltigen Völkermordes auch für den Sieger, wollen von den kümmerlichen Resten internationaler Beziehungen möglichst viel retten und sprechen von „Verständigung“ und einem „unausgefochtenen“ Krieg. Es ist aber nicht dabei geblieben, daß sich die Vertreter dieser entgegengesetzten Anschauungen schroff gegenüberstehen, sondern sie haben auch die Regierung in den Streit dadurch hineingezogen, daß sie sie unter Hinweis auf die Zensurgewalt für die einzelnen Wendungen dieses Streites mit verantwortlich machten, wozu freilich die von allen Parteien ohne Unterschied bedauerten und gerügten Mißgriffe der Zensur nur allzu zahlreiche Handhaben boten. Schließlich nahmen die Wortführer der scharfen Tonart den Standpunkt ein: wenn die Regierung die „Flaumacher“ nicht abschüttelte, so bekunde sie damit, daß sie ihnen innerlich nahe stehe. Im Laufe der an Schärfe zunehmenden Auseinandersetzungen ist es zuletzt sogar dahin gekommen, daß eine Gruppe der sächsischen Nationalliberalen unter Führung des Leipziger Historikers Professor Erich Brandenburg an die Adresse des Reichskanzlers eine Erklärung richtete, die nach ihrem schlichten Wortfimm nichts anderes bedeutete als eine glatte Aufkündigung des Vertrauens, falls der Reichskanzler nicht die Erörterung der Kriegsziele freigebe. Damit ist ein Gipfel des Bedauerlichen erreicht. Man fragt sich: was soll geschehen, wenn sich der Reichskanzler solchen Wünschen nicht unterwirft? Und er kann und wird sich doch selbstverständlich nicht unterwerfen! Die Partei kann doch nicht ihren Worten die Tat folgen lassen, denn das würde ja eine landesverräterische Haltung bedeuten. Dann aber sollten besonnene, geistig hoch stehende Patrioten in ernster Zeit nicht solche Worte sprechen.

Die Frage ist so ernst und bedeutungsvoll, daß neben denen, die den Streit bisher ausschließlich oder wenigstens fast allein geführt haben, auch noch andere zu Worte kommen müssen. Die Gegner des Kanzlers haben den Glauben zu erwecken gesucht, als seien sie die einzigen Vertreter einer kraftvollen Willenspolitik, und als stehe auf Seiten des Kanzlers nur der Chor der Flaumacher und sogenannten „Verständigungs“-Politiker; ein drittes soll es, wie es scheint, nicht geben. Das gibt es aber doch: die keineswegs unbedeutende Zahl derer, die der Befürwortung eines halben Sieges nach unausgefochtenem Kriege und dem ängstlichen Zurückweichen vor den Folgerungen eines wirklichen Sieges so

fern und fremd gegenüberstehen wie nur möglich, die aber eben deswegen es für nötig halten, daß wir uns fest um den Kanzler scharen, und die in der Hauptsache auch seine bisherige Haltung durchaus richtig finden.

Wenn wir das begründen wollen, müssen wir allerdings von einem andern Ausgangspunkt ausgehen, als die bisherigen Auseinandersetzungen. Es ist selbstverständlich, daß das deutsche Volk, an einem solchen Wendepunkt seiner Geschichte angelangt, in der Lage sein muß, selbst bei der Gestaltung seiner Geschichte mitzusprechen. Es darf nicht eines Tages vor vollendete Tatsachen gestellt werden, die irgend ein persönlicher Einzelwille, mag er auch noch so rein und vertrauenswürdig sein, sich zurechtgelegt hat. Das braucht nicht näher begründet zu werden, denn es ist von allen Parteien anerkannt und entspricht auch den Zusicherungen des Reichskanzlers selbst. Natürlich sind wir uns alle darüber klar, daß ein solcher Volkswille niemals etwas Einheitliches sein kann. Die Meinungen über das, was nottut, auch sogar über das, was möglich ist, werden immer auseinandergehen. Trotzdem gibt es Mittel genug, festzustellen, nach welcher Richtung der stärkste Druck der Volksmeinung geht, in welchen Punkten sich die meisten und dringendsten Wünsche einigen, und wie eine feste Grundlage für eine von den besten Kräften in der Nation getragene und geförderte Lösung zu gewinnen ist. Eine solche Feststellung ist freilich meist das Ergebnis eines starken Meinungskampfes. Diesen zu fürchten, ist nicht immer notwendig, ebensowenig aber darf man sich seinen Folgen ohne zwingende Gründe aussetzen, wenn der Kriegszustand sowohl das Thema des Meinungsaustausches als auch die Umstände, unter denen die Erörterung vor sich gehen kann, in eigenartiger Weise beeinflusst. Der Krieg verträgt sich überhaupt schlecht mit den Bedürfnissen des Volkswillens. Dieser will sich regen und entfalten, seine verschiedenen Richtungen wollen sich im Kampf gegeneinander und in der Reibung aneinander klären und messen. Der Krieg aber hält sich nur an die einzige Notwendigkeit, daß der Gegner niedergeworfen und sein uns feindlicher Wille gebrochen werden muß, und dazu können wir auf unserer Seite nicht einen vielfältigen, sich erst zur Klarheit durcharbeitenden, sondern nur einen einheitlichen, tatbereiten Willen gebrauchen. Zwischen den Forderungen der Kriegführung und den Bedürfnissen der dem Volkswillen Rechnung tragenden modernen Politik besteht ein natürlicher Gegensatz. Wo dieser Gegensatz ungehemmt hervortreten kann, wird es immer Konflikte geben. Der Krieg ist ja doch nur „Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln“, also selbst Politik; er verfolgt politische Ziele auf einem Wege, dessen selbstherrliche Natur mit den sonst gültigen Bedingungen politischer Tätigkeit schlechterdings unvereinbar ist. Wo ist der Ausweg zu finden?

Als nächste und scheinbar einfachste Möglichkeit bietet sich der Weg der reinlichen Scheidung der beiden Tätigkeiten, deren Konflikt wir vermeiden wollen. Möge also für die Kriegführung das einfache Ziel der Niederwerfung der Feinde bestehen bleiben; unterdessen beraten wir daheim, was wir an

politischen Zielen durch den Krieg erreichen wollen. So zu verfahren, wird uns von sehr gewichtiger Seite geraten. Vor allem meint man, so könne Einigkeit und Klarheit in den Kriegszielen rechtzeitig hergestellt werden, so daß man im Augenblick des erfochtenen Sieges bereit sei.

Wirklich? Wer das glaubt, hat augenscheinlich sehr merkwürdige Begriffe von der Art der Gegensätze, die bei einem solchen Streit um die Kriegsziele zutage treten würden. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß sich der ganze Streit auf dem Boden der Theorie abspielen würde. Alles, was unsere guten, lieben Landsleute an Ergebnissen der gelehrten Geschichts- und Rassenforschung, an sprachwissenschaftlichen Liebhabereien, an Völkerebeglückungsideen, an sozialen Wohlfahrts-theorien, an konfessionellen Interessen, an philosophischen Prinzipien, an Weltanschauungen und — vergessen wir nicht, hinzuzufügen — an falsch angewendeten und aus dem Zusammenhang gerissenen Bismarckzitate auf Lager haben, würde dabei von beiden Seiten ins Feld geführt werden. Wir würden uns bald so gründlich auseinandergesprochen haben, daß ein deutliches Erkennen des Volkswillens schwieriger denn je sein würde. O nein! entgegen die Vertreter des hier gekennzeichneten Vorschlages, es würde sich dabei gerade zeigen, daß der Verfechter einer schwächlichen, halben, zum Einlenken und Verzichten bereiten Politik keinen Boden im deutschen Volke hat, daß die Mehrheit vielmehr hinter einer Regierung steht, die entschlossen zu fordern weiß. Es ist unser Wunsch, daß es so sein möchte; daß es so ist, dafür fehlt der Beweis. Wenn erst die Erörterungen über diese Fragen hin und her fluten, dann entstehen in den des Denkens weniger gewohnten Gehirnen allerlei Nebenvorstellungen sehr merkwürdiger und jeder Berechnung unzugänglicher Art, sodaß man sehr leicht dieselbe Erfahrung machen könnte, die Friedrich den Großen veranlaßte, die Abhaltung eines Kriegsrates grundsätzlich zu widerraten, diemeil dabei immer die „timidere“ Partei die Oberhand zu behalten pflege.

Daher ist es auch fraglich, ob der Eindruck erreicht würde, den sich die Freunde der freien Erörterung der Kriegsziele versprechen, wenn sie sagen, das Ausland müsse in den Glauben versetzt werden, daß das deutsche Volk noch viel mehr fordere als seine Regierung. Das ist an sich ein guter und richtiger Grundsatz — für Friedenszeiten! Ich gehöre zu denen, die es immer tief bedauert haben, daß unsere nachbismarckische Regierung — zu Bismarck's Zeiten hatte sie es aus anderen Gründen nicht nötig — von diesem Mittel aus Korrektheit und Amtsstolz nicht häufiger Gebrauch gemacht hat. Was für eine dankbare Rolle spielt eine Regierung, die einer fremden gegenüber auf eine ungestüm drängende Volksmeinung hinter sich weisen kann, so daß, wenn sie sich schließlich mit weniger begnügt, sie im Ausland als maßvoll und entgegenkommend, im Inlande als stark und selbständig erscheint! Diese Methode hat aber da, wo sie angebracht war, bei uns immer sehr wenig Anklang gefunden, weil sie der Art unseres straffen, selbstbewußten Beamtenstaates widerstrebt. Als es z. B. nützlich gewesen wäre, im Ausland recht eindringlich

zu bezeugen, daß der Ausbau der deutschen Flotte einem spontanen Wunsch und lebhaften Interesse der Mehrheit des deutschen Volkes entsprach und daß die Bewegung dafür in die Breite und Tiefe ging, war es damals die Marineverwaltung, die sich durch diese anscheinende Zügellosigkeit der Wünsche auf das stärkste beunruhigt fühlte und ihre ganze Autorität daran setzte, um den Deutschen Flottenverein wenigstens nach außen hin als zahmes und gehorsames offizielles Instrument erscheinen zu lassen und dadurch den Eindruck einer selbständigen, starken Volksbewegung zu verwischen. Daß dies für unsere Englandpolitik nicht günstig wirkte, kann man heute ja ruhig zugeben. Aber damals fanden die amtlichen Stellen die eifrige Unterstützung gerade auch solcher Parteien, Bevölkerungskreise und Pressorgane, die heute den Acheron in Bewegung setzen, um eine Volksbewegung zustande zu bringen, die die angeblich zaghafte Regierung vorwärtstreiben soll. Dergleichen liebte man nicht in Friedenszeiten, wo es hingehörte und unschädlich war; jetzt betreibt man es mit Leidenschaft, wo es nicht hingehört und in seinen Folgen gar nicht zu berechnen ist. Im Frieden wäre es sehr wünschenswert, daß die Regierung zuzeiten eine gewisse anständige und ehrliche Demagogie treibt; im Kriege können wir nur eine einzige Regung des Volkswillens gebrauchen, das Bedürfnis, die Feinde niederzuzwingen.

Hier erhebt sich nun in verzweifelter Frage der Einwand: ja, wie lange sollen wir denn noch warten? Wenn der Feind geschlagen ist, ist es zu spät, weil der Friede dann sogleich geschlossen werden muß! Es muß zugegeben werden, daß vieles geschehen und von amtlicher Seite, auf amtliche Veranlassung und unter amtlicher Vermittlung geäußert worden ist, was dieser Sorge Nahrung gibt. Aber es trifft trotzdem nicht zu, daß das Abwarten einer günstigeren Lage zur Erörterung der Kriegsziele ein zu spätes Eintreten in diese Erörterung bedeuten würde. Die Sorge, daß uns mitten darin schon der Abschluß des Friedens überraschen würde, erscheint wenig begründet. Dazu liegen die Dinge viel zu kompliziert. Deshalb sollten wir ruhig auf den Augenblick warten, wo sich unsere Lage wenigstens vereinfacht.

Wie das zu verstehen ist, bedarf einer besonderen Erläuterung. In der Erinnerung an frühere Kriege denken wir gewöhnlich daran, daß die Niederwerfung des einzelnen Gegners meist in der Erfüllung gewisser Forderungen ihren Ausdruck findet, Forderungen, die im Volksbewußtsein schon während des Krieges bestimmte Gestalt gewonnen haben. Schon nach den ersten Siegen 1870 stand es fest, daß wir uns Elsaß und Lothringen zurückholen wollten. Auch in den Koalitionskriegen vergangener Zeiten handelte es sich bei den beteiligten Mächten meist um Sonderwünsche, die wohl in ein Bündel zusammengebunden, aber auch wieder voneinander gelöst werden konnten. Wir stehen in diesem Kriege, der uns von einer Welt von Feinden aufgedrungen worden ist, anders da. Wir haben keine im allgemeinen Volksbewußtsein haftenden Wünsche, die uns durch den Krieg von den besiegten Gegnern erfüllt

werden könnten. Etwa wie Elsaß-Lothringen 1870. Es hat damals vor 1870 wohl keinen einzigen Deutschen gegeben, der gegen Frankreich Krieg führen wollte, um ihm diese beiden Provinzen abzunehmen; aber das mußte jeder: wenn es irgendwie einmal Krieg mit Frankreich geben sollte, und wir blieben Sieger, dann mußten wir Elsaß und Lothringen wieder haben! Jetzt — ich wiederhole es — haben wir gegen keinen unserer Gegner eine Forderung, die sich damit vergleichen ließe. Natürlich bestehen zahllose Wünsche und Lieblingsgedanken, und es gibt eine ganze Reihe von Persönlichkeiten, die in der Lage sind, ihren besonderen Ideen ein größeres Gewicht zu geben und sich eine Gefolgschaft zu verschaffen. Aber in ihrer Gesamtheit würden alle diese Ideen ein völliges Chaos ergeben.

Das klingt vielleicht sehr pessimistisch, aber es wird dadurch ausgeglichen, daß wir allerdings einen einheitlichen Grundgedanken in diesem Kriege haben. Der Friede soll uns die Sicherheiten bringen, die es fremden Mächten und Mächtekoalitionen in Zukunft unmöglich machen, uns wieder anzugreifen. Das ist ein Gedanke, der sowohl der Kriegführung ein brauchbares Ziel steckt, als auch von jedem vernünftigen Deutschen verstanden und gebilligt wird. Die Gegner des Reichskanzlers sagen: das ist ein unbestimmtes und im Grunde negatives Ziel! Gewiß, eine Lage schaffen, in der man uns nicht angreift, scheint der Form nach eine negative Arbeit zu sein, aber wenn jede negativ gestellte Aufgabe einen so reichen positiven Inhalt hätte, könnten wir uns beglückwünschen. Dieser Inhalt hat aber, um in seiner ganzen Notwendigkeit, Allgemeingültigkeit und Wirksamkeit erfaßt zu werden, zur Voraussetzung, daß die Erfahrung von der Unmöglichkeit jeder halben und unzureichenden Lösung noch ein oder mehrere Male durch die Tatsachen bekräftigt wird. Die kriegsgerischen Entscheidungen, die bis jetzt gefallen sind, geben uns wohl die Gewißheit des Sieges, schaffen aber durchaus noch nicht die volle allgemeine Einsicht, auf welchem Wege wir die Sicherheit unseres künftigen Friedens zu suchen haben.

Es ist unverstänlich, um nicht zu sagen beschämend, wie zweifellos patriotische Männer meinen können, unsere Leute in den Schützengräben würden sich besser und freudiger schlagen, wenn ihnen bestimmte Ziele bezeichnet würden, für die sie kämpften. Ich sollte meinen, es liegt schon eine gewisse Herabsetzung der Pflichtauffassung und der Sinnesart unserer Heeresangehörigen darin, daß man sie nach den Bedürfnissen, die sich am heimischen Stammtisch zu entwickeln pflegen, einschätzt. Aber davon abgesehen, — was will man den Leuten denn sagen? Will man ihnen zum Beispiel — um ein beliebiges Beispiel anzunehmen — irgend ein Bild der zukünftigen Gestaltung Belgiens vor-malen? Dann stellt vielleicht gerade ein Teil unserer Feldgrauen, in Erinnerung an die sozialdemokratische Friedensschule, etwa folgende Erwägung an: „Also darum werden wir hier an der Westfront nicht fertig! Und wir dachten, es sei zur Bezwingung des Feindes notwendig! In Wahrheit werden wir nur deswegen so lange von der Heimat ferngehalten, weil ein paar reiche

und einflußreiche Leute ihre besonderen Pläne mit Belgien haben!“ Ganz anders liegt die Sache, wenn sich jeder nach eigenen Erfahrungen und Beobachtungen an der Front sagen muß, daß der Feind nicht Frieden schließen will, ehe er uns nicht in eine Lage gebracht hat, die jeder unserer Leute ablehnt. Unsere Leute wollen nicht, daß die Opfer, die sie gebracht haben, die Leiden, die sie erduldet haben, vergeblich bleiben, daß alles Blut umsonst geflossen ist, und daß sich das alles nach verhältnismäßig kurzer Zeit wiederholt. Gegen diese aus dem eigenen Erlebnis geborene Forderung wird auch die sozialistische Phrase machtlos sein. Aber die klare Erkenntnis, was dazu gehört, um dem Deutschen Reich im einzelnen und besonderen alle nötigen Sicherheiten zu verschaffen, kann erst gewonnen werden, wenn das Verhalten des Feindes selbst die Hinfälligkeit der verschiedenen Verständigungsmöglichkeiten gezeigt hat, die bisher in den einzelnen Entwicklungsstadien des Krieges auf unserer Seite immer wieder ausgeklügelt worden sind. Die Erscheinungen allmählicher Erweichung und Ungebuld, die nach dem Nachlassen des ersten Begeisterungsüberschwangs bei der langen Dauer des Krieges etwas deutlicher in die Augen fallen, werden von unsern übereifrigen Patrioten stark überschätzt. In Wahrheit hämmert uns der Krieg stärker zusammen, und die Mehrheit des deutschen Volkes ist bereit, stillzuhalten.

Aus solchen Betrachtungen heraus wird zu verstehen sein, warum der Reichskanzler nach der Meinung vieler Leute, die sich keineswegs zu den Befürwortern eines „unausgefochtenen“ Krieges, einer vorzeitigen Wiederanknüpfung mit den Besiegten oder verwandter Bestrebungen rechnen, durchaus das Richtige getroffen hat, wenn er bestrebt ist, die Frage der Kriegsziele im besonderen und der Friedensbedingungen auch jetzt noch bis auf weiteres aus der allgemeinen Erörterung auszuscheiden. Dazu gehört denn auch weiter, daß er sich selbst so weit als möglich dieser Erörterung entzieht und es vermeidet, sich auf einen schon bezeichneten Standpunkt durch den beliebten Trick einer provozierten „Abshüttelung“ oder Zustimmung festlegen zu lassen.

Ob diese Haltung in allen Einzelheiten immer geschickt und glücklich durchgeführt worden ist oder nicht, ist für die grundsätzliche Unterstützung oder Bekämpfung des Kanzlers ganz und gar nebensächlich. Man würde sich im Zeichen des Burgfriedens nichts vergeben, wenn man die Erörterung der Fragen, in denen man mit dem Reichskanzler vielleicht verschiedener Meinung ist, etwas großzügiger anfassen wollte. Wer durchaus der Überzeugung ist, daß die Erörterung der Kriegsziele baldigst freigegeben werden müsse, kann ja immer wieder seine Gründe dafür aufmarschieren lassen und die ihm schädlich erscheinenden Meinungen der Gegenparteien bekämpfen. Nur soll er sachlich bleiben. Leider hat sich der Kampf gegen den Reichskanzler nicht in diesen Grenzen gehalten, und das ist für alle diejenigen, die eine solche Art der Bekämpfung — vollends in der Kriegszeit — verurteilen, ein weiterer Grund, sich auf die Seite des Kanzlers zu stellen. Auch diese Seite der Sache darf nicht unberührt bleiben.

In der Bekämpfung des Kanzlers waren verschiedene Abstufungen zu unterscheiden, die aber leider in der Wirkung einen Zusammenklang erzeugten. Neben gutem Glauben und achtungswerter Überzeugung, wie sie angesehene Parteien und Zeitungen vertraten, standen giftige Mächenschaften, die mit Klatsch und Intrige arbeitend im Dunkeln schlichen. Wer dieses widerwärtige Treiben länger mitangesehen hat, begreift den Zorn des Reichskanzlers in seiner Rede vom 5. Juni. Wenn die konservative Partei und ihre verantwortlichen Führer die Kenntnis dieses Treibens weit von sich wiesen, so erklärten sie damit etwas, was nicht anders erwartet werden durfte. Aber es kann leider nicht gelehnet werden, daß die verleumderischen Klatschgeschichten aus dunkler Quelle, die, von Mund zu Mund weitergetragen, das Vertrauen zum Kanzler erschütterten, ihr Verbreitungsgebiet vorzugsweise in konservativen Kreisen suchten und hier bei harmlosen, gut patriotischen, um das Vaterland treu besorgten, persönlich anständigen Männern ehrlichen Glauben fanden. Mit dieser Stimmung zusammen wirkte wie Kette und Einschlag die auffallend kaltschnäuzige Haltung der Partei gegenüber dem warmherzigen Auftreten des Reichskanzlers und die Agitation der Zeitungen, die nicht müde wurden, nach jedem Wort zu spähen, das die Stellung und die Absichten des Reichskanzlers diskreditieren konnte. Zugegeben, daß auch die Gegnerschaft gegen den Kanzler ihr gutes Recht hat; zugegeben, daß Vertrauen sich nicht erzwingen läßt, — so bleibt doch durch die Mitwirkung der erwähnten dunkeln und unsauberen Einflüsse in dieser Agitation etwas Peinliches und Gemeinschädliches, in dessen Bekämpfung bei dem Ernst der Zeit sich möglichst viele zusammenfinden sollten und zu dessen Bekämpfung auch wirklich eine größere Zahl bereit ist, als es bisher vielleicht scheinen konnte. Der Kanzler mag hier und da Fehler gemacht haben, dieser Art der Bekämpfung gegenüber hat er in der gegenwärtigen Lage recht, unbedingt recht und verdient Unterstützung.

Um so mehr als sich die Opposition auch auf ein Gebiet erstreckt hat, das unbedingt von jeder politischen Agitation unberührt bleiben müßte, das Gebiet der Mittel und Wege der Kriegführung. Ob es im Fall eines unglücklichen Krieges Lagen gibt, wo die öffentliche Meinung ein gewisses Recht hat, die Kriegführung zu korrigieren, ist eine Frage, die uns glücklicherweise nicht zu beschäftigen braucht. Das ist ein zweischneidiges Schwert, die ultima ratio einer nationalen Katastrophe. Unsere Heerführung hat das Vertrauen, das ihr entgegengebracht worden ist, bisher gerechtfertigt; sie hat mehr geleistet, als vernünftigerweise erwartet worden konnte. Sollte sie das nicht vor unverantwortlichen Ratgebern und vor unnötigem Dreinreden schützen? Die mannigfachen und verwickelten Aufgaben dieses ungeheueren Krieges in Einklang zu halten mit den politischen Erfordernissen, ist eine Arbeit, die gewiß nicht ganz der Kritik entzogen bleiben soll, die aber, soweit sie ein wesentliches Stück der Kriegführung ist, nicht dem Einfluß des Volkswillens ausgeliefert werden darf. Die Entschlüsse der Heeresleitung und die damit in unmittelbarem Zusammenhange

stehenden Entschlüsse der politischen Reichsleitung können nur von einer Stelle aus, an der alle Fäden zusammenlaufen, richtig beurteilt werden. Auch ein strategisches oder politisches Genie kann unter Umständen eine Lage falsch beurteilen und zu einem unrichtigen Schluß gelangen, wenn ihm die Kenntnis der konkreten Unterlagen fehlt, die den Entschluß bedingen. Im Jahre 1870 hat Roon, und auf seine allgemeine militärische Autorität gestützt auch Bismarck, in der Frage der Beschießung von Paris offenkundig geirrt. Es gibt zwar Leute, die noch heute kühn behaupten, Moltke sei es, der geirrt habe, weil nach ihrer nur auf einem Gefühl beruhenden Meinung das, was Bismarck sagte, von vornherein richtig war. Für den Fachmann ist aber seit der Veröffentlichung von Moltkes Korrespondenz diese Ansicht nicht aufrecht zu erhalten. Moltke verfügte eben über Daten, die auch Roon in dieser besonderen Frage nicht kannte. Die Analogie mit der berühmten Stellungnahme zur U-Bootfrage ist leicht zu erkennen.

Man entschuldigt die Opposition mit „vaterländischer Sorge“. Auch hier dränge sich ein geschichtliches Beispiel auf. General von Steinmeß, der 1866 wie 1870 als eifriger Widersacher Moltkes auftrat und nicht genug vor den Plänen Moltkes warnen konnte, war ein tüchtiger und erfahrener General, und sein Vorgehen entsprang aufrichtiger patriotischer Besorgnis. Dennoch war es in der Ordnung, daß der König bei aller Güte und Rücksicht für seine alten, verdienten Generale dieses Verhalten 1866 zurückwies, 1870 dagegen einschritt. Aber wer wollte entscheiden können, ob nicht die Kriege 1866 und 1870 allenfalls auch nach Steinmeß' Ideen hätten gewonnen werden können. Es führen immer verschiedene Wege nach Rom; was unsere Generalstäbler scherzhaft die „Patentlösung“ taktischer und strategischer Aufgaben nennen, gibt es nur in der Friedensschule. Aber immer muß einer der Herr sein, der den Weg zeigt und die Verantwortung trägt. Je klarer und bestimmter dieses Verhältnis empfunden wird, desto notwendiger erscheint die Unterdrückung und Ausschaltung aller Vorwände für unbefugtes Mitreden in der Kriegführung selbst. In diesem Zusammenhang ist auch die „vaterländische Sorge“ nur ein beschönigender Ausdruck für Disziplinlosigkeit, besonders wenn sie nicht eigener Einsicht und innerem Zwang entspringt, sondern die Frucht entweder einer tendenziösen Agitation, oder gar verleumderischen Klatches ist.

Die Ausschaltung des Gebiets der Kriegführung läßt genug anderes für die Kritik und die Geltendmachung des Volkswillens frei. Es ist nicht davon die Rede, daß alles gebilligt werden soll, was im Namen des höchsten verantwortlichen Reichsbeamten geschehen ist. Die Fehlgriffe der Zensur und ähnliches haben genug Grund zur Klage geschaffen, aber sie rechtfertigen nicht die Betonung von Forderungen, die im Grunde genommen den Volkswillen über notwendige Rücksichten der Kriegführung stellen.